

KLIMA KOMPAKT



Deutsche Umwelthilfe kritisiert Kabinettsklausur-Vorlage

„Eingeknickt und zu kurz gesprungen“

Vorschläge zum Erreichen des 40%-Reduktions-Ziels

**Acht-Punkte-Plan der Regierungserklärung
vom April 2007**

70 Organisationen fordern die Umsetzung des 40%-
Reduktionsziels bis 2020

Maßnahmen statt Ankündigungen

Mehr Mut!

Im ersten Halbjahr hat sich die deutsche Regierung während EU-Präsidentschaft und G8-Gipfel als internationale Klimalokomotive etabliert. Den daraus abgeleiteten Anspruch formuliert sie selbst in der Vorlage für die Kabinettsklausur am 23./24. August in Meseberg: „Eine Energie- und Klimapolitik ist nur in dem Maße glaubwürdig, wie ihre ambitionierten Ziele auch durch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.“

Eine Reihe von erfreulichen Ansätzen sind auf 55 Seiten aufgelistet. Etwa ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz, eine Einspeiseregulierung für Biogas ins Erdgasnetz, energieeffiziente Leitlinien für das öffentliche Beschaffungswesen, ein rechtlicher Rahmen für den Einsatz von CCS (CO₂-Abscheidung und -lagerung) sowie Initiativen zur Einführung dieser Technologie in China und Indien.

Aber bei zentralen Punkten für das angestrebte 40-Prozent-Reduktionsziel scheint die Regierung vor der Energie- und Verkehrslobby in die Knie zu gehen. Das Wirtschaftsministerium blockiert den notwendigen Durchbruch für Kraft-Wärme-Kopplung. Es fehlt auch der Mumm für ein Verbot der Nachtstromspeicherheizungen. Extrem viel verbrauchende Geschäftswagen und ihr Benzin sollen weiter durch den Steuerzahler subventioniert werden. Anreize für den Umstieg auf Bahn und Fahrrad fehlen ganz. Und der Finanzminister stellt fast alles, was etwas kostet, unter „Finanzierungsvorbehalt“.

Hat die Regierung den Mut zu unbequemen Entscheidungen für unsere Zukunft?

Christoph Bals

Deutsche Umwelthilfe kritisiert Kabinettsklausur-Vorlage

„Eingeknickt und zu kurz gesprungen“

Dem eigenen Anspruch, den kräftigen Klimaworten der EU- und G8-Gipfel der ersten Jahreshälfte entsprechende Taten folgen zu lassen, wird die Vorlage für die Kabinettsklausur am 23./24. August trotz positiver Ansätze nicht gerecht.

Germanwatch dokumentiert Passagen einer entsprechenden Analyse der Deutschen Umwelthilfe.

„(...) Wenn die Regierung in den Kernbereichen ihres Maßnahmenkatalogs nicht entscheidend nachbessert, wird sie ihr Minderungsziel weit verfehlen (...).

Im Eckpunktepapier für die Kabinettsklausur ist nicht ansatzweise erkennbar, wie mit den vorgeschlagenen Maßnahmen eine Reduktion des Stromverbrauchs um 11% (...) erreicht werden soll. (...)

Wir fordern von der Bundesregierung:

- * Ein sofortiges Verbot des Verkaufs und Einbaus neuer Nachtstromspeicherheizungen

- * Ein Programm zum kurzfristigen und vollständigen Ersatz derzeit betriebener Nachtstromspeicherheizungen bestehend aus einem ausnahmelosen Verbot mit Stichtagen und einem Förderprogramm, um soziale Härten zu vermeiden. (...)

Angesichts dieser Ausgangslage [Anm. d. Red.: 45,5% der Emissionen kommen aus der Energiewirtschaft] ist das eklatanteste Defizit des Eckpunktepapiers, dass sich die Bundesregierung in keinem einzigen der vorliegenden 30 Vorschläge dazu äußert, wie es mit dem größten und wichtigsten Bereich der Klimapolitik nach 2012 weitergehen soll. Welchen Beitrag soll die Energiewirtschaft zur Erreichung des 40%-Reduktionsziels bis 2020 liefern? (...)

Der Bundesumweltminister verkündete in der Regierungserklärung vom 26. April 2007 das Ziel, den Anteil hocheffizienter Kraftwerke, die sowohl Strom als auch Nutzwärme bereitstellen, bis 2020 auf 25% der gesamten

Stromerzeugung zu verdoppeln. Der Wirtschaftsminister derselben Regierung stellt das soeben erst verkündete Ziel wieder in Frage. Über alle wesentlichen Punkte zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) besteht Dissens.

Wir fordern von der Bundesregierung:

- * Eine klare Aussage, welchen Beitrag die deutsche Energiewirtschaft zur Erreichung des 40%-Reduktionsziels leisten soll

- * Auf EU-Ebene eine eindeutige Positionierung der Bundesregierung für eine Umstellung des Emissionshandels auf eine vollständige Versteigerung der Zertifikate ab 2013 (...)

- * Eine zügige Novelle des KWK-Gesetzes, die den Rahmen für Investitionen in diesem Bereich so setzt, dass das Ziel einer Verdoppelung des Anteils von Strom aus KWK auf 25% bis 2020 sicher erreicht wird. (...)

- * Die Einführung einer allgemeinen Pflicht, insbesondere Mietwohnungen gegen Wärmeverluste zu dämmen. Die Pflicht kann nach Gebäudearten und -alter gestaffelt werden. Wichtig ist die Festlegung maximal zulässiger Energieverbräuche pro Quadratmeter bei normalem Nutzungsverhalten.

- * Die Einhaltung dieser Pflicht ist nachzuweisen und zu dokumentieren.

- * Für Mietgebäude, deren Besitzer sich gegen eine energetische Sanierung sperren, werden Stichtage festgelegt, ab denen den Mietern nur noch die Heizkosten eines gleichartigen sanierten Gebäudes als Nebenkosten in Rechnung gestellt werden dürfen. (...)

Während der durchschnittliche Steuerzahler akzeptieren muss, dass Eigenheimzulage und Pendlerpauschale abgeschafft bzw. vermindert werden, soll in Deutschland die Kostenübernahme bei Anschaffung eines Dienstwagens in der bisherigen Höhe und unabhängig von ihrem CO₂-Ausstoß auch weiterhin gefördert werden.“

Vollständige Analyse „Eingeknickt und zu kurz gesprungen“ abrufbar unter www.duh.de

Vorschläge zum Erreichen des 40%-Reduktions-Ziels

Acht-Punkte-Plan der Regierungserklärung vom April 2007

In einer für die gesamte Regierung abgegebenen Erklärung hatte Bundesumweltminister Gabriel am 26. April dargelegt, wie das angestrebte 40-Prozent-Reduktionsziel bis 2020 ohne Kernenergie erreicht werden kann. Der Vergleich mit dieser selbst gesteckten Messlatte wird zeigen, ob die Kabinettsbeschlüsse den Weg zu ernsthaftem Klimaschutz in Deutschland weisen.

Es folgen Auszüge aus der Regierungserklärung „Klimaagenda 2020“ vom 26 April.

„(...) Bis 2020 sollen die Treibhausgasemissionen der EU um 30% unter das Niveau von 1990 vermindert werden, sofern sich andere Industrieländer zu vergleichbaren Emissionsreduzierungen und die wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer zu einem ihren Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten angemessenen Beitrag verpflichten. In einem zweiten Schritt sollen die Industrieländer gemeinsam bis 2050 ihre Emissionen um 60 bis 80% gegenüber 1990 verringern. Ziel ist es, dass die globalen Emissionen bis 2050 um 50% unter dem Niveau von 1990 liegen. (...)“

Der Umbau der Industriegesellschaft kann gelingen – mit einer ambitionierten Steigerung der Energieeffizienz und einem massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. Offensive Forschung und Entwicklung, rasche Marktdurchdringung für neue, effiziente Produkte, innovative Produktionsprozesse und neue Verkehrskonzepte sind die Antwort auf die Herausforderung. (...)“

Wenn die EU die Treibhausgase um 30% mindern will, muss Deutschland mehr erbringen. Dies ist bereits im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU festgehalten. Der Deutsche Bundestag hat in seinem Beschluss vom November 2006 zudem auf die Ergebnisse der Energie-Enquête-

Kommission verwiesen. Danach muss Deutschland im Vergleich zum Basisjahr 1990 bis 2020 40% seiner Treibhausgasemissionen senken. (...)“

Die Bundesregierung wird noch dieses Jahr mit einem neuen Klimaschutzprogramm das Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, mit dem die Beschlüsse der Europäischen Union umgesetzt werden sollen. (...)“

Kernpunkte des Klimaschutzprogramms

Erste Ergebnisse von Studien im Auftrag der Bundesregierung zeigen, dass eine Reduktion um 40% der Emissionen bis 2020 machbar ist. Die 270 Mio. t CO₂e Minderung [gegenüber dem Jahr 2005] können in acht Maßnahmebereichen erbracht werden:

1. Erneuerung des Kraftwerksparks: => minus 30 Millionen Jahrestonnen CO₂ (...)
2. Verdoppelung des Kraft-Wärme-Kopplungs-Anteils => minus 20 Millionen Jahrestonnen CO₂ (...)
- Deswegen wird das KWK-Gesetz so novelliert, dass wirtschaftliche Anreize zur Modernisierung und den Bau neuer KWK-Anlagen geschaffen werden.
- Der effiziente Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze wird verstärkt gefördert.
3. Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien auf über 27% an der Stromerzeugung: => minus 55 Millionen Jahrestonnen CO₂ (...)
4. Energieeffizienz im Stromverbrauch: => minus 40 Millionen Jahrestonnen CO₂ (...)
5. Wärmeeinsparung durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und in Produktionsprozessen => minus 41 Millionen Jahrestonnen CO₂ (...)
- Verdoppelung der energetischen Sanierungsquote bei Gebäuden. (...)
- Die Energieeinsparverordnung wird 2007/2008 novelliert mit dem Ziel, die

Energieverbrauchswerte von Neubauten in einem ersten Schritt ab 2009 um 30% zu senken In einer zweiten Stufe werden die Anforderungen nochmals in der gleichen Größenordnung verschärft.

6. Wärme aus erneuerbaren Energien: => minus 14 Millionen Jahrestonnen CO₂ (...)

- Rechtliche Absicherung und massive Aufstockung der Fördermittel im Rahmen des Marktanreizprogramms zur Verstärkung der Förderung und zur Erhöhung der Planungssicherheit.

- Verbindliche Vorgabe der Nutzung Erneuerbarer Energien bei Neubauten und der grundlegenden Sanierung von Altbauten.

7. Mehr Effizienz und Erneuerbare Energien im Verkehr: => minus 30 Millionen Jahrestonnen CO₂ (...)

Mit technischen Maßnahmen (wie Motoren, die weniger Kraftstoff benötigen, geringeren Motorleistungen, Leichtbauweise) und mit kraftstoffsparender Fahrweise lassen sich bis 2020 bei Pkw um bis zu 40% der spezifischen CO₂-Emissionen einsparen. Zudem muss der Verkehr – insbesondere wesentliche Teile des Güterverkehrs – in Zukunft stärker von der Straße auf die Schiene und auf Binnenschiffe verschoben werden.

Deswegen werden in diesem Bereich vorerst folgende Maßnahmen ergriffen:

- CO₂-Grenzwerte für PKW (...)
 - CO₂-Orientierung der Kfz-Steuer (...)
 - Biokraftstoffe (...)
 - Effizienz des Güterverkehrs erhöhen (...)
 - Stärkung der Wettbewerbsposition der Bahn (...)
 - Flugverkehr (...)
- 8. Maßnahmen im Nicht-Energie-Bereich:** => minus 40 Mio. Jahrestonnen (...)

Quelle: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/hintergrund_klimaagenda.pdf

70 Organisationen fordern die Umsetzung des 40%-Reduktionsziels bis 2020

Maßnahmen statt Ankündigungen

Die Klima-Allianz als ein rasch wachsendes breites Bündnis von ca. 70 Organisationen fordert die Umsetzung von Klimaschutz bei der entscheidenden Kabinettsklausur am 23./24. August in Meseberg.

Es folgt die Pressemitteilung der Klima-Allianz vom 27. Juli 2007.

„In vier Wochen, am 23. und 24. August, wird sich das Bundeskabinett im brandenburgischen Meseberg zu einer Kabinettsklausur treffen, um Eckpunkte für die weiteren energie- und klimapolitischen Maßnahmen der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode festzulegen. Die Klima-Allianz erwartet vom Kabinett klare Beschlüsse, die die Verringerung der deutschen Treibhausgasemissionen um mindestens 40 Prozent bis 2020 (gegenüber 1990) zum Ziel haben.

Das breite zivilgesellschaftliche Bündnis 'Die Klima-Allianz' sieht diese Kabinettsklausur als klimapolitische Nagelprobe für Bundeskanzlerin Merkel und ihre Bundesregierung. 'Dort wird sich entscheiden, ob die deutsche Regierung weiterhin Ankündigungsweltmeister im Klimaschutz bleiben will oder nun endlich die notwendigen Gesetzesmaßnahmen und Anreizsysteme für Klimaschutz in die Wege leitet', so Wolfgang Ehrenlechner, Bundesvorsitzender der Katholi-

schen Landjugendbewegung (KLJB).

Klimapolitische Messlatte ist dabei, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu verringern; ein Ziel, welches Frau Merkel beim Energiegipfel bestätigte. Die Klima-Allianz schlägt dafür u.a. folgende Maßnahmen vor:

- effektive, dynamische Anreizsysteme zur Senkung des Energieverbrauchs im Gebäudebereich und bei Elektrogeräten ('Top-Runner-Ansatz');
- einen beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und ein Moratorium für den Neubau von Kohlekraftwerken im Strombereich;
- ein Fördergesetz für den Einsatz Erneuerbarer Energien im Wärme- und Kältebereich;
- eine Verdreifachung des Anteils der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung auf Basis Erneuerbarer Energien und Erdgas;
- strenge gesetzliche Verbrauchswerte für Kraftfahrzeuge und eine Begrenzung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten auf verbrauchsstarke Modelle.

Auf dem Weg zu einer Vollversorgung durch klimaverträgliche Erneuerbare Energien verfolgen die Maßnahmen darüber hinaus das Ziel einer Reduktion der Treibhausgase von min-

destens 80 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts. 'Es geht um nicht weniger als den vollständigen Umbau unserer Energieversorgung', so Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH). 'Kohle und Atom sind Vergangenheit, die Zukunft gehört den Erneuerbaren.' Neben den bekannten Risiken der Atomenergienutzung lieferte nicht zuletzt die Haltung der Betreiber deutscher Atomkraftwerke in Folge der jüngsten Störfälle starke Argumente, den Ausstieg aus der Atomenergie voranzutreiben.

'Wenn die Bundesregierung auf internationalem Parkett, insbesondere beim UN-Klimagipfel im Dezember in Bali, glaubwürdig bleiben will, muss sie in Meseberg die notwendigen Entscheidungen treffen und die Gesetze bis Anfang Dezember in den Bundestag einbringen', fordert Pfarrerin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin von 'Brot für die Welt' und der Diakonie Katastrophenhilfe.

'Es wird Zeit, die enormen Innovations- und Arbeitsplatzpotenziale, die eine klimaverträgliche Wirtschaft bietet, zu nutzen', so Nina Scheer, Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Grünen Wirtschaft 'UnternehmensGrün'.

Quelle:
www.die-klima-allianz.de

Redaktion

Manfred Treber (V.i.S.d.P.), Sven Harmeling, Christoph Bals, Gerold Kier

Herausgeber

Germanwatch e.V.
Büro Bonn · Kaiserstr. 201 · D-53113 Bonn
Tel.: 0228 / 60 49 2-0, Fax -19
E-mail: info@germanwatch.org
Büro Berlin · Voßstraße 1 · D-10117 Berlin
Tel. 030 / 28 88 356-0, Fax -1
E-mail: info@germanwatch.org
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft AG,
BLZ 100 205 00, Konto Nr. 32 123 00

KlimaKompakt-Download und E-Mail-Abo:
www.germanwatch.org/kliko

Dieses Projekt wird gefördert durch:

**Umwelt
Bundes
Amt**
Für Mensch und Umwelt



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.